

Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

früher Wochen- und Nachrichtenblatt

zugleich
Geschäfts-Anzeiger für Hohndorf, Ködlich, Bernsdorf, Rüdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau u. Küssen.
Amtsblatt für den Stadtrat zu Lichtenstein.

Nr. 281.

Veranschlagung
Nr. 7.

50. Jahrgang.
Mittwoch, den 5. Dezember

Telegrammadresse:
Tageblatt.

1900.

Wegen Reinigung der Geschäftsräume

bleiben

Sonnabend, den 8. dieses Monats
die Ratsregistratur, das Meldeamt und das Standesamt.
Montag, den 10. Dezember 1900
die Stadt- und Sparkasse, die Steuereinnahme und das Stadtbauamt
geschlossen.

Lichtenstein, am 4. Dezember 1900.

Der Stadtrat

Stedner,
Bürgermeister.

§16g.

Bekanntmachung.

Das im Juni 1899 vom unterzeichneten Stadtrate ausgestellte Bergarbeitsbuch des Bergarbeiters

Herrn **Christian Bernhard Hugo Weinhardt** hier ist angeblich im September vorigen Jahres abhanden gekommen. Zur Vermeidung einer missbräuchlichen Benutzung dieses etwa noch vorhandenen Buches bringen wir dies hiermit auf Grund von § 20 Absatz 2 der Revidierten Verordnung vom 23. November 1868 zur öffentlichen Kenntnis und fordern alle diejenigen, die über den Verbleib des Buches Auskunft geben können, auf, sich bis

Dienstag, den 11. dieses Monats
im hiesigen Polizeiamt (Meldeamt) bei Herrn Polizeizepediten Markert zu melden.

Lichtenstein, am 4. Dezember 1900.

Der Stadtrat.

Stedner,
Bürgermeister.

Bibliothek Mittwoch und Sonnabend von 12 bis 1 Uhr.

Deutscher Reichstag.

10. Sitzung vom 3. Dezember.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation Heim (Zentrum): „Was gedenken die verbündeten Regierungen zu thun, um der bestehenden, weite Volkskreise bedrückenden schweren Kohlentenerung wirksam abzuhelfen und für die Zukunft die Wiederkehr solcher Mißstände zu verhüten.“

Abg. Heim erinnert an die in der vorigen Session vom Minister von Thiele abgegebenen beruhigenden Versicherungen, die Kohlentenerung werde wohl aufhören, sobald die streikenden Arbeiter in Sachsen und Böhmen zur Vernunft gekommen sein würden. Nun seien die streikenden Arbeiter zur Vernunft gekommen, aber die Kohlentenerung dauere doch noch fort; die Unvernunft müsse also wohl noch an einer anderen Stelle liegen. Redner schreibt die Schuld dem rheinisch-westfälischen Kohlsyndikat zu, welches die Preise künstlich heraufschraube. „... hängen sucht, hingen doch alle vom Syndikat... Geboten sei, daß die staatlichen Gruben ihre Produktion steigerten und daß sie besonders ihre Beziehungen zum Handel ändern, d. h. ihre Kohlen mehr an kleine Abnehmer abgeben. Die Kohlennot der letzten Zeit habe jedenfalls erwiesen, wie überaus gefährlich die Syndikate für das ganze wirtschaftliche Leben des Volkes seien. Es werde auf die Dauer gar nicht zu umgehen sein, die Syndikate unter staatliche Aufsicht zu stellen.“

Minister v. Dresfeld: Mir kommt eine Einwirkung weder auf die geschäftlichen Maßnahmen des Kohlsyndikats noch auf den Zwischenhandel zu. Die Ursache der Teuerung war in diesem Jahre zunächst der Ausfall der Produktion an sächsischer und böhmischer Kohle, sodann der gesteigerte Bedarf an Kohle bei veringertem Einfuhr englischer Kohle. Die inländische Produktion hat alles gethan, um diesen Ausfall zu ersetzen. Sie hat in diesem Jahre, das muß anerkannt werden, 10 Millionen Tonnen mehr gefördert. Durch die Händler sind an Ort und Stelle, in der Nähe der

Gruben selbst, die Kohlen aufgekauft und weggeschafft worden. So sind allein in Oberschlesien auf diese Weise 300 000 Tonnen entfernt und zu etwa 60 Prozent nach dem Auslande exportiert worden; so ist an verschiedenen Stellen in wucherischer Weise der Kohlenpreis gesteigert worden. Die Kohlenpreise haben selbst in Oberschlesien, an der Ruhr, an der Saar, 2,50 Mk. bis 2,80 Mark pro Tonne nicht überschritten, die Gruben- und Großhandelspreise sind also über das gebührende Maß nicht hinausgegangen. Im Zwischen- und Kleinhandel waren die Preise allerdings höher, aber was wollen Sie dagegen thun? Redner verheißt sodann für nächstes Jahr bei den staatlichen Gruben eine weitere erhebliche Steigerung der Produktion. Eine vernünftige Organisation der Bergleute und der Käufer sei sehr wünschenswert, ebenso Einkaufs-Genossenschaften, einschließlich der landwirtschaftlichen. Ich habe beschlossen, diesen einen bestimmten Teil der staatlichen Produktion zu reservieren. Die der wucherischen Liebertenerung überhöhten Händler müßten vom Kohlenbezug ausgeschlossen werden; das Syndikat will dies versuchen. Es ist beabsichtigt, zu dem Behufe eine Peshwerdekommission einzusetzen.

Minister v. Thiele: Sein Ressort habe gewiß als größter Kohlenverbraucher ein besonderes Interesse an der Sache; aber es wäre nicht richtig, heute die Kohlenfrachtartise herabzusetzen und vielleicht schon morgen wieder zu erhöhen. In den 70er Jahren habe man vorübergehend für Kohlen ebensoviele Thaler gezahlt, wie jetzt Mark. Die Wirkung der Ausfuhrartise werde überschätzt, sie sei zum Teil minimal in Böhmen, dessen Entfernung für uns doch nur eine relativ kleine sei. Geben man diesen Ausnahmetarif auf, so würde es nur zur Folge haben, daß die Pariser Gas Kohle zu Wasser bezogen wird. Die Aufhebung der Ausfuhrartise würde nach alledem Niemandem nützen, aber weiteste Kreise schädigen, auch würde sie wichtige Nachbarverbindungen beeinträchtigen, was bei der Erneuerung der Handelsverträge zum Nachteil sein würde.

Abg. Hilbert (natl.) nimmt das Syndikat gegenüber dem Interpellanten in Schutz. Mit

dem Bergbau sei es bisher immer abwärts gegangen, das Syndikat habe erreicht, daß es sich jetzt geändert habe. Dem Syndikat sei es zu verdanken, wenn bei dem ungeheuren Aufschwung der Industrie die Preise sich noch innerhalb der jetzigen Grenzen gehalten haben, mehr noch als der Kohlenindustrie. Die Unternehmer hätten übrigens den Arbeitern durch Lohnsteigerungen Vorteile von der Konjunktur gewährt. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Richter (freis. Volksp.): Das westfälische Kohlsyndikat habe immer verstanden, zu nehmen, was es bekommen konnte. Bei der Skalamität habe eine gewisse Kohlenangst mitgespielt. Was die Maßnahme gegen die Teuerung betreffe, so könne zweifellos noch viel mehr abgebaut werden, als dies jetzt der Fall sei. Redner wendet sich dann gegen ein Kohlenausfuhrverbot. Die Herabsetzung der Kohlenausfuhrartise habe nichts genützt, dagegen hätte der niedrige Ausfuhrtarif die eingetretene Verschiebung in Angebot und Nachfrage begünstigt. Die Zuwendung von Kohlen auf den staatlichen Gruben an Genossenschaften sei recht schön, aber zufällig habe erst jüngst ein Mitglied einer Genossenschaft sich darüber beklagt, daß nur landwirtschaftliche Genossenschaften bevorzugt würden, nicht aber andere solche Verbände. Es wäre sehr erfreulich, wenn sich das in der Kohlenfrage erwachte Interesse für die Konsumenten auch auf anderen Gebieten bethätigen wollte und dafür gesorgt würde, daß der Konsument auch billige Lebensmittel habe.

Nachdem Abg. Graf Kanitz noch den Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitern, der nur durch die starke Forcierung der Kohlenproduktion entstanden sei, bedauert, folgt Vertagung.

Mittwoch: Zentrumsantrag, betr. Freiheit der Religionsübung.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

* Se. Majestät der König empfing am Sonntag im Residenzschloße den Wirkl. Geh. Rat Krupp, der Se. Majestät den Dank für eine ihm verliehene Ordensauszeichnung aussprach.